

Gysi und Modrow zum SED-Sonderparteitag und dem Ende der DDR

Aus dem Nähkästchen geplaudert

Das Buch, das hier betrachtet werden soll, vermittelt der Öffentlichkeit ein Gespräch, das Verleger Frank Schumann mit Gregor Gysi und Hans Modrow am 13. Dezember 2012 im Bundestagsbüro des Fraktionsvorsitzenden der Partei Die Linke geführt hat. Es litt darunter, daß Gysi mehrmals unterbrochen wurde, weil er an parlamentarischen Abstimmungen teilnehmen mußte. Außerdem standen beide Gesprächspartner unter dem Druck kurz bevorstehender Auslandsreisen. Während Gysi in die USA wollte, folgte Modrow einer Einladung nach Kuba.

Das Buch ist vor allem seinerzeitigen SED-Mitgliedern zu empfehlen, welche das Geschehen während der sogenannten Wende 1989/90 besser durchschauen wollen. Die Ereignisse, an die sich der seinerzeitige DDR-Ministerpräsident und der damalige PDS-Vorsitzende erinnern, betreffen nicht zuletzt auch ihren eigenen Anteil daran. Manches war bisher so noch nicht bekannt.

Frank Schumann begründet sein Anliegen folgendermaßen: Eine „ehrliche Rückschau“ beuge „sowohl einem Realitätsverlust vor ..., als auch der Illusion, man könne Politik ohne Geschichte machen“. Es sei egal, ob man das Ausblenden der Vergangenheit nun Zeitgeist oder Zwang zur Anpassung nenne, oder ob es sich um schlichte Unwissenheit handele. Ohne Wurzeln gebe es keine Standfestigkeit, das wüßten nicht nur Forstarbeiter. (S. 13)

Gysi und Modrow, zwei Politiker, die in der Schlußphase der DDR an die Spitze der SED/PDS und der Regierung katapultiert wurden, haben zweifellos den Verlauf der „Wiedervereinigung“ auf seiten der DDR mitgeprägt. Modrow galt in den Westmedien als „Hoffnungsträger“ der „Reformer“, während Gysi quasi über Nacht in die höchste Funktion der sich wandelnden Partei aufstieg. Die Politiker waren sich erstmals am 3. Dezember 1989 begegnet, als in Vorbereitung des SED-Sonderparteitags ein „Untersuchungsausschuß zur Überprüfung von Amtsmissbrauch und Korruption“ gebildet wurde.

Beide vermuten, daß es Markus Wolf gewesen sein dürfte, der dafür gesorgt habe, daß Gregor Gysi als Vorsitzender dieses Gremiums gewählt wurde. Durch wen eigentlich? Gysi merkt an, es sei vereinbart worden, die Namen der Mitglieder dieser Untersuchungskommission nicht bekanntzugeben. Daran habe man sich gehalten. Er glaubt, sich nicht mehr daran erinnern zu können, wer seine Mitstreiter bei der „Ausrottung der Korruption in der SED“ gewesen waren. Darf hier gefragt werden, warum diese Personen

auch weiterhin anonym bleiben wollen? Um den großen Besen, der Gysi in die Hand gedrückt wurde, weiß dieser natürlich, nicht aber, wo sich das historische Gerät heute befindet. Der Besen sei spurlos verschwunden. „Seine Aufgabe hatte sich ja auch erledigt“, meint Gysi. (S. 26)



Ein Bild der Würde: Als die Fraktion der Linkspartei an die Opfer des NATO-Massakers im afghanischen Kundus erinnerte, wurde sie vom CDU-Bundestagspräsidenten Lammert des Saales verwiesen.

Darf also weiter gefragt werden: Welche Aufgabe hatte der Besen tatsächlich zu erfüllen? Und durch wen wurde sie gestellt? Hatte sich mit dem Ausschluß führender Funktionäre wie Erich Honecker, Egon Krenz und Heinz Keßler – also mit der politischen Enthauptung der SED – die Funktion dieses Instruments erledigt? Auf dem SED-Sonderparteitag, der zum Gründungsparteitag der PDS mutierte, spielte der „Stalinismus“ bekanntlich eine besonders herausgehobene Rolle. Obwohl diesen Begriff bis jetzt noch niemand definiert hat, vollzog der Parteitag nach Gysis Worten „einen radikalen Bruch mit dem Stalinismus“. (S. 27) Der Fraktionsvorsitzende hält das auch heute noch für das Wichtigste dieses einschneidenden Ereignisses.

Ich möchte das Nachdenken befördern, indem ich frage: War der „Stalinismus“, wie immer er auch beschrieben oder ausgelegt werden mag, am Jahresende 1989 etwa die Hauptgefahr für die DDR? Stellten vermeintliche Stalinisten deren gefährlichste Feinde dar? Außerdem: Wer ist denn nicht alles seitdem als „Stalinist“ gebrandmarkt und kaltgestellt worden?

Genossen, die damals als Mitglieder oder Funktionäre der SED die DDR verteidigen halfen, dürften sich über einige Aussagen Gregor Gysis wundern. So auch darüber, wie damals um den Posten des Parteivorsitzenden gefeilscht wurde. Auseinandersetzungen gab es auch um die Frage, ob sich die SED selbst auflösen solle oder nicht. Gysi, der dagegen war, setzte sich mit dem Argument durch: „Das

Parteivermögen wäre doch plötzlich herrenlos geworden.“ (S. 36) – Auch der Streit über den Verbleib des Parteivermögens ist für frühere SED-Mitglieder von besonderem Interesse, war es doch schließlich ihr kollektives Eigentum, über das da entschieden wurde. Es belief sich im Juni

1990 noch auf etwa eine Milliarde DDR-Mark und 20 bis 30 Millionen Valutamark. Im Zusammenhang mit einem „Finanzskandal“, welcher der PDS sehr schadete, wurde in einer 15stündigen Sitzung ihres Vorstands beschlossen, den Hauptteil des Vermögens „gemeinnützigen Zwecken zuzuführen“. Dieser „rigorose Schritt“ hatte zur Folge, daß die PDS über Nacht 95% des ursprünglichen SED-Vermögens einbüßte.

Gysi erzählte eine Episode, die scheinbar auch seinen Gesprächspartnern nicht bekannt war. Dabei geht es um einen Druckfehler im Programm der PDS, das Anfang 1990 veröffentlicht wurde. Gysi schilderte, wie es zu diesem Mißverständnis kam: „Der Fehler stand im ND, was zu einem echten Problem führte. Unter der Programmzeile

„Welche Wirtschaft wir wollen“ hatten wir geschrieben, daß wir eine ‚sozialistische Marktwirtschaft‘ einführen wollten. Das ging im wesentlichen auf Dieter Klein zurück. Offenbar konnten sich auch die Redakteure darunter nichts vorstellen, und so machten sie daraus ‚soziale Marktwirtschaft‘. Uns fiel das beim Korrekturlesen nicht auf, und so beschlossen die Delegierten des Wahlparteitags, daß die PDS für eine ‚soziale Marktwirtschaft‘ streiten werde.“ (S. 65)

Laut Gysi wurde der Begriff „sozialistische Marktwirtschaft“ in den Text aufgenommen, obwohl nicht einmal die Autoren wußten, was eigentlich darunter zu verstehen sei. Hierzu gibt es zwei denkbare Interpretationen: Entweder wurden die Delegierten absichtlich getäuscht, oder es ist davon auszugehen, daß ein Programm kaum gelesen, geschweige denn befolgt wird.

Im Gespräch nimmt die Erinnerung an den „Weg zur Einheit“ einen wichtigen Platz ein, darunter Modrows Treffen mit Gorbatschow am 2. Februar 1990, nachdem der DDR-Regierungschef per Bildschirm die Formel „Deutschland, einig Vaterland“ verkündet hatte. Diese bereitete nicht nur Gysi Bauchschmerzen. Erst viel später habe er erfahren, daß die Würfel über das Schicksal der DDR in Moskau gefallen waren, sagte Gysi. Er fügte hinzu: „Bonn diktierte den Fahrplan.“ Wir Dresdener hatten das allerdings schon bei Kohls Rede in unserer Stadt am 19. Dezember 1989 festgestellt.

Gysi begründet das Ende der DDR damit, daß eine Bevölkerungsmehrheit ihren Staat nicht mehr gewollt habe. O-Ton Gysi: „Daß viele ihm (Helmuth Kohl, H. S.) folgten, hatte sich die SED selbst zuzuschreiben.“ (S. 50)

Man könnte das auch anders formulieren: Am Untergang der DDR sei die SED schuld gewesen, weil sie die Unterstützung der Mehrheit der Bürger verloren habe. Der Leser wird hierzu eine Menge Fragen haben.

Modrow setzte Gysi entgegen: „Diese ganzen Prozesse müssen in eine wahrhafte Geschichtsauffassung einfließen. Man kann das nicht darauf reduzieren: In Leipzig haben sie den Honecker wegemonstriert, am 9. November wurde aufgrund eines Versprechers die Mauer geöffnet, die DDR-Bürger wählten am 18. März 1990 die D-Mark, und am 3. Oktober brach dank der deutschen Einheit auch im Osten das Paradies aus.“ (S. 62) Modrows Sarkasmus ist berechtigt.

Im Gespräch berichten Gysi und Modrow über ihre unterschiedlichen „West-Erfahrungen“. Das mag teilweise an ihren voneinander abweichenden Biographien liegen. Modrow hatte schon als leitender FDJ-Funktionär Freunde wie Jupp Angenfort. Als er dann 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden war, kreuzten sich seine Wege mit denen vieler Politiker aus der BRD.

1989 standen auch die Beziehungen der SED zur DKP auf dem Prüfstand. „Gregor wollte eigentlich niemanden aus dieser Partei“, urteilt Modrow. Vermutlich gelangten deshalb auch keine früheren DKP-Mitglieder als PDS-Abgeordnete in den Bundestag. Wäre es nicht nützlich, die Ursachen und Folgen dieses Sachverhalts genauer zu untersuchen? Wem dient denn der jetzige Stand der Dinge?

Der rote Faden des Gesprächs ist der Streit innerhalb der Linken um das Geschichtsbild zur DDR.

Einer der Gipfelpunkte war die Stellung der PDS gegenüber der Eppelmann-Kommission und deren Arbeitsergebnissen. Die parteioffizielle Haltung mancher PDS-Funktionäre führte bekanntlich zu einer großen Austrittswelle. Modrow lehnt die verordnete Verteufelung der DDR ab: „Geschichte läuft nicht nach dem Muster eines Westens, wo von vornherein klar entschieden ist: Der eine ist der Schuft, der andere der Gute.“ In diesem Kontext wandte sich Modrow an die



Die Autorität und das Engagement Oskar Lafontaines trugen bei den Bundestagswahlen 2009 ganz wesentlich dazu bei, daß die Linkspartei auch im Westen spektakuläre Ergebnisse erzielen konnte.

Adresse verantwortlicher Politiker aus dem eigenen Lager: „Die Parteiführung hatte und hat kein Verhältnis zu ihren älteren Mitgliedern. Als Schwungmasse und Wahlvolk sind sie willkommen, sonst nicht. Sie drücken das Durchschnittsalter – auch die PDS möchte nicht als ‚alte‘ Partei erscheinen – und sterben überdies noch aus, womit die Zahl der Mitglieder schrumpft. Damit sinken die Beitragsein-



Frankfurt a.M.: Polizisten des „Rechtsstaates“ BRD tragen den niedersächsischen Spitzenkandidaten der Linkspartei Dieter Dehm auf Händen.

nahmen und die Zahl der Abonnenten des ‚Neuen Deutschland‘, dessen Hauptaktionär ja die Partei ist.“

Ich bin hier auch persönlich betroffen, möchte aber noch auf eine andere Textstelle aufmerksam machen. Bei Gysis „Geschichtsphilosophie“ über die „Diktatur“ sträuben sich einem Marxisten die Haare: „Es gibt viel Probleme in einer Diktatur. Ich lasse jetzt mal Demokratie-, Freiheits- und Menschenrechtsfragen unberücksichtigt Eine Sache steht

darüber hinaus fest: Eine Diktatur ist zu Beginn ungeheuer kreativ. Da kommen neue unverbrauchte Leute an die Macht, die haben neue Ideen, welche sich rascher umsetzen lassen als bei langen demokratischen Entscheidungsprozessen. Dieser Aufbruch kann auch Zuspruch bei der Bevölkerung finden. Aber da es nie einen demokratischen Wechsel gibt, entsteht eine Stagnationsphase. Das kann man deutlich bei Breshnew sehen. Und auch bei Honecker. Was ich noch immer nicht verstehe: Warum Honecker annahm, sich erfolgreich gegen Moskau stellen zu können. Die sowjetische Parteiführung unter Gor-

batschow beschließt, eine andere Politik zu machen, und unsere Führung sagt: Da machen wir nicht mit. Ja, was dachten sie denn, wer sie sind?“ (S. 75)

So viele Fehlurteile auf einen Schlag können aus Platzgründen hier nicht korrigiert werden. Doch der Leser darf wohl mal fragen: Wie wäre es, Gysis Äußerung über den „Beginn einer Diktatur“ am Beispiel der Machtauslieferung an Hitler zu überprüfen? Und kann man Honecker etwa deshalb einen Vorwurf machen, weil er sich dem antisozialistischen Kurs der letzten sowjetischen Führung widersetzt hat? War Gorbatschow etwa jemand, der keinen Widerspruch erfahren durfte?

In Gysis ideologischem Gemenge kommen die Begriffe Totalitarismus, totalitäre Diktatur, SED-Diktatur nicht vor, obwohl über sie in Bundestagsdokumenten, die zur Abstimmung standen, viel zu lesen ist. Der Neumann-Bericht über den „Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beschäftigte das Parlament der BRD von Januar bis Juni 2013. Hier wäre eine klare Abgrenzung zu erwarten gewesen.

Schon 1962 habe ich den Geschichtslehrern der DDR die Totalitarismuskonzeption als „vergifteten Dolch“ vorgeführt, was damals noch höheren Ortes auf Unverständnis stieß. Nach 1990 entwickelte sie sich dann zur Hauptdoktrin der deutschen

Antikommunisten bei der „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte.

Wer den Gegner nicht wahrnimmt oder unterschätzt, hat schon verloren. Diese These ist bisher durch nichts und niemanden widerlegt worden.

Prof. Dr. Horst Schneider

Gysi und Modrow im Streitgespräch. Ostdeutsch oder angepaßt.

Edition Ost, Berlin 2013, 160 S., 9,99 €

Gabriel Garcia Márquez zu den Hintergründen einer Konterrevolution

Warum Allende sterben mußte

Im März 1974 veröffentlichte die britische Zeitschrift „New Statesman“ einen Artikel des in Mexiko lebenden kolumbianischen Nobelpreisträgers für Literatur Gabriel Garcia Márquez über die Hintergründe der gegen Allende gerichteten Konterrevolution in Chile, die Rolle der Vereinigten Staaten dabei und den Putsch des Generals Augusto Pinochet. Heute leidet der Hochbetagte an der Alzheimerkrankheit. Um an ihn und sein Werk zu erinnern, brachte der „New Statesman“ Auszüge des seinerzeitigen Beitrags. Ende 1969 dinierten in Washington drei Pentagon-Generale mit fünf chilenischen Offizieren. Das Thema waren die in Chile anstehenden Präsidentschaftswahlen. Einer der US-Militärs fragte unverblümt, was die chilenische Armee zu tun gedenke, falls Salvador Allende, der Kandidat der Linken, gewinnen sollte. „Wir würden die Moneda (den Präsidentschaftssitz, V. B.) binnen einer halben Stunde besetzen, selbst wenn wir sie in Brand stecken müßten“, lautete die Antwort. Bei weiteren Treffen in Washington und Santiago wurde ein Plan festgelegt, demzufolge die den USA am meisten hörigen Militärs im Falle eines Wahlsieges der Unidad Popular Allendes die Staatsmacht ergreifen würden.

Auf US-Seite war die Defence Intelligence Agency des Pentagons organisatorisch mit im Spiel, die eigentliche Verantwortung aber trug die Naval Intelligence Agency unter Anleitung der CIA und des Nationalen Sicherheitsrates. Die Teilnahme der Navy hatte ihren Grund in den alljährlich stattfindenden gemeinsamen Manövern der US-Seestreitkräfte und der chilenischen Marine im Pazifischen Ozean. Sie ermöglichten es, spezialisiertes Personal und Ausstattungen nach Chile zu befördern, ohne dabei Verdacht zu erregen.

Damals sagte Henry Kissinger zu einer Gruppe Chilenen: „Ich bin nicht informiert und weiß auch nichts über den Teil der Welt südlich der Pyrenäen.“ Zu der Zeit war der Krisenplan in allen Einzelheiten bereits ausgearbeitet, und es erscheint kaum glaubhaft, daß weder Kissinger noch Präsident Nixon darüber Bescheid wußten, konstatierte Garcia Márquez.

Geographisch ist Chile ein ungewöhnliches Land: Etwa 2820 Kilometer lang und von der Küste bis zur inneren Grenze im Durchschnitt 304 Kilometer breit, mit einer lebenslustigen

10-Millionen-Bevölkerung. Davon leben allein 3 Millionen im Großraum Santiago. Haupterzeugnis ist Kupfer von der weltbesten Sorte, wobei das Produktionsvolumen nur von den USA und Rußland überboten wird. Außerdem reift in Chile ein ausgezeichnete Wein, der mit



Staatsbesuch aus Kuba: Salvador Allende mit Fidel Castro am 30. November 1971 in Valparaiso

den besten europäischen Sorten durchaus konkurrieren kann. Das Pro-Kopfeinkommen ist mit 650 US-Dollar das höchste in Lateinamerika, doch traditionell fließt fast die Hälfte des BIP in die Taschen von nur 300 000 Personen. Selbst die nüchternsten Geographen betrachten Chile nicht als einen Teil des Kontinents, sondern als Ausläufer der Anden, der sich in die neblige See erstreckt und eines Tages im Ozean verschwinden wird.

Trotz allem haben die Chilenen eine bemerkenswerte Zivilisation und politische Reife erlangt, wodurch sie sich von den anderen Ländern des Kontinents unterscheiden. Unter den drei lateinamerikanischen Nobelpreisen für Literatur entfallen zwei auf Chile. Pablo Neruda wird als einer der größten Dichter des 20. Jahrhunderts gepriesen.

Am 4. September 1970 wurde der Sozialist Salvador Allende zum Präsidenten gewählt. Der Sieg der Unidad Popular (Volkseinheit) rief in Washington noch

keine besondere Bestürzung hervor. Im Gegenteil: Die Souveränität der neuen Regierung in internationalen Angelegenheiten und ihre entschlossene Wirtschaftspolitik schufen eine positive Atmosphäre. Eine Überprüfung des ins Auge gefaßten Umsturzprojekts ergab, daß es viel zu militärisch ausgerichtet war und, der US-Botschaft in Santiago zufolge, die politischen und sozialen Bedingungen Chiles nicht genügend in Betracht zog.

Im ersten Jahr der Allende-Regierung wurden 47 Industrieunternehmen nationalisiert, zugleich auch der größte Teil der Banken. Die Agrarreform führte zur Enteignung von 6 Millionen Acres Land, das früher Großgrundbesitzern gehört hatte und in gemeinschaftliches Eigentum umgewandelt wurde. Die Inflation konnte verlangsamt werden, die Vollbeschäftigung wurde Wirklichkeit, die Nettolöhne erhöhte man pauschal um 30%.

Die vorangegangene Regierung des Christdemokraten Eduardo Frei hatte zögernde Schritte zur Nationalisierung der Kupferminen unternommen, was dieser Präsident als „Chilenisierung“ ausgab. Sein Plan bestand darin, 51% der in der Hand nordamerikanischer Konzerne befindlichen Unternehmen zu kaufen. Für die El-Teniente-Mine allein wurde mehr bezahlt, als deren Buchwert betrug.

Allendes Regierung errang im Parlament die Zustimmung aller Parteien zur entschädigungslosen Nationalisierung sämtlicher Kupfergruben, die von den US-Konzernen Anaconda und Kennecott sowie deren Filialen betrieben wurden. Die Regierung hatte ausgerechnet, daß deren Profite im Laufe von 15 Jahren bei mehr als 800 Millionen US-Dollar lagen.

Die Christdemokraten kontrollierten im Bunde mit dem rechten Flügel der Nationalpartei den Kongreß und die Gerichtsbarkeit, während Allendes Unidad Popular nur über die Exekutive verfügte. Es war bemerkenswert, wie der Katholik und vorherige Präsident Frei die Vorteile im Kampf beider Seiten erblickte, um die Regierung zu destabilisieren und das Land in den Abgrund der Demoralisierung wie des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu stürzen.

Die US-Wirtschaftsblockade erfolgte als Reaktion auf Enteignungen ohne Entschädigung und tat das ihre.

Die chilenische Industrie basiert zu 60% auf Auslandsinvestitionen, 80% der

benötigten Grundstoffe müssen importiert werden. Außerdem benötigt Chile alljährlich etwa 30 Millionen US-Dollar zur Einfuhr von Konsumgütern und 450 Millionen Dollar zur Schuldendeckung im Ausland. Doch die Damen der Bourgeoisie zogen – mit Töpfen und Pfannen rassend – auf die Straße, um gegen die Rationierung von Bedarfsartikeln und die Geldentwertung zu protestieren. Bei ihnen wimmelte es nur so von zur Schau gestellten Silberfüchsen und Strohhüten mit üppiger Blumendekoration. Dennoch bescherten die Märzahlen des Jahres 1973 dem Bündnis Allendes einen Stimmenanteil von 44%. Ein friedlicher Prozeß in Richtung Fortschritt und soziale Erneuerung – das war für Washington nicht mehr hinnehmbar! Verheerend wirkte sich der von der CIA inszenierte und finanzierte Streik der Lastwagenbesitzer und -fahrer aus, auf deren Gütertransport das langgestreckte Land dringend angewiesen war. Mit ihrem vermutlich nicht gerade zufälligen Ausstand kam ganz Chile zum Stehen. Eine Woche vor dem Umsturz gab es weder Treibstoff noch Milch, noch Brot ...

Zwei Tage vor dem Coup gelang es der rechten Opposition, sämtliche hochrangigen Offiziere, die auf seiten Allendes standen, militärisch zu degradieren und an deren Stelle Washington hörige Personen zu setzen. Die Geschichte des chilenischen Streitkräfte beweist, daß sie immer dann in die Politik eingriffen, wenn die herrschende Klasse ihre Interessen bedroht sah. Ein solcher Staatsstreich konnte nicht unblutig verlaufen. Dessen war sich Allende voll bewußt. Die Blutgier der chilenischen Armee ist notorisch und beruht auf einer 200jährigen Erfahrung im Nahkampf mit den Araukaria-Indianern – den Ureinwohnern des Landes.

Die Chronologie der Intrigen, die dem Coup vorangingen, muß verschiedenen Quellen entnommen werden, die als mehr oder weniger zuverlässig gelten. Eine Vielzahl ausländischer Agenten scheint darin verwickelt zu sein. Nach geheimen Informationen erfolgte die Bombardierung des Regierungspalastes Moneda durch eine Gruppe US-amerikanischer

Luftakrobaten, die unter dem Vorwand einer Vorführung zu Chiles National-



Allende war ein Präsident der Herzen

feiertag, dem 18. September, nach Santiago gekommen waren, nicht aber durch Maschinen der eigenen Luftwaffe. Es gibt auch Beweise dafür, daß Agenten mehrerer Geheimdienste aus Nachbarländern, besonders aus Bolivien und Brasilien, eingesickert und bis zum



Der mit einer Maschinenpistole bewaffnete Präsident nahm am 11. September 1973 in der von Putschisten umstellten Moneda an deren Verteidigung persönlich teil.

Tag des Putsches in Deckung geblieben waren. Teile für Brasilien bestimmter US-Anleihen wurden über La Paz nach Chile geschleust, um den Putsch zu finanzieren.

Am 11. September lief die „Operation Unitas“ genau so ab, wie sie drei Jahre zuvor in Washington vereinbart worden war. Auch in diesem erbitterten Endkampf

fühlte sich Allende noch immer an Regeln der Legalität gebunden. Er war ein prinzipieller Gegner von Gewalt, zugleich aber auch ein leidenschaftlicher Revolutionär! Als Präsident setzte er auf einen evolutionären Weg zum Sozialismus und begriff zu spät, daß eine Regierung ohne hinreichende Macht das System nicht verändern kann. Späte Enttäuschung muß den rechtmäßigen Staatsoberhaupt dazu bewegt haben, das brennende Gebäude sechs Stunden lang zu verteidigen – u. a. mit einer Maschinenpistole, die er von Fidel Castro als Geschenk erhalten hatte.

Gegen 4 Uhr nachmittags vermochten Generalmajor Javier Palacios und sein Adjutant Hauptmann Gallardo den 2. Stock zu betreten. Allende erwartete sie in Hemdsärmeln und ohne Krawatte. An seiner Kleidung sahen sie Blut. Er hielt die Maschinenpistole in Händen.

Der Präsident kannte Palacios und rief „Verräter“, als dieser am Treppenaufgang erschien. Ein Zeuge berichtete, der Präsident sei im Feuerwechsel gefallen. Die übrigen Offiziere traten an den Leichnam heran und feuerten aus ihren Waffen in den leblosen Körper. Schließlich zermalmte einer Allendes Gesicht mit seinem Gewehrkolben.

(Andere Versionen, die dieser Darstellung widersprechen, und später bekannt wurden, waren Garcia Márquez zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Artikels natürlich noch nicht zugänglich – RF)

Man spricht vom Foto eines Journalisten der Zeitung „El Mercurio“, das allerdings niemals veröffentlicht wurde. Danach soll das Gesicht Allendes derart entstellt gewesen sein, daß man nicht mal seiner Frau Hortensia gestattete, es zu sehen. Der Präsident war gerade 63 Jahre alt.

Das von Todfeinden der Revolution dominierte Parlament erklärte – den Forderungen der Usurpatoren der Macht entsprechend – Allendes Regierung unverzüglich für illegal.

Übersetzung aus dem Englischen und gedankliche Zusammenfassung des Materials:
Dr. Vera Butler, Melbourne